

Zehntausende demonstrieren gegen Union-AfD-Kooperation in Deutschland!

Zehntausende demonstrieren am 1. Februar 2025 in ganz Deutschland gegen die Zusammenarbeit von Union und AfD.

Leipzig, Deutschland - Am 1. Februar 2025 demonstrieren zehntausende Menschen in mehreren deutschen Städten für Vielfalt und gegen eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD. Diese Proteste sind eine Reaktion auf die jüngste Abstimmung im Bundestag, in der die CDU und CSU mit den Stimmen der AfD einen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik durchgesetzt haben. Es ist das erste Mal, dass die AfD im Plenum eine Mehrheit beschaffen konnte, was die Empörung auf den Straßen zusätzlich anheizte.

In Essen meldete die Polizei etwa 14.000 Teilnehmer, während die Veranstalter in Hamburg sogar von bis zu 80.000 Anwesenden berichteten. Plakate mit Sprüchen wie 'Schmerz lass nach' und einem durchgestrichenen 'C' von CDU verdeutlichen die Stimmung auf den Demonstrationen. Eine Teilnehmerin aus Köln hatte ein Schild mit der Aufschrift 'Fritz hör auf Mutti!' dabei, welches eine Anspielung auf die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel ist.

Vielfalt der Protestorte

Zusätzlich zu den Großdemos in Hamburg und Essen fanden auch in Städten wie Leipzig, Karlsruhe und Stuttgart zahlreiche Kundgebungen statt. In Leipzig demonstrierten Tausende unter dem Motto 'Brandmauer statt Brandstifter' gegen die

Migrationspolitik von Union und AfD. Die Mitorganisatorin Bente Stork äußerte sich kritisch zur Kooperation mit der AfD, während Irena Rudolph-Kokot vom Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz die Notwendigkeit betonte, Autoritarismus zu verhindern.

In Berlin versammelten sich laut Schätzungen der Polizei rund 6.000 Menschen vor der CDU-Parteizentrale, während in München ähnliche Proteste stattfanden, deren Teilnehmerzahl auf mindestens 7.000 geschätzt wurde. In Freiburg demonstrierten über 10.000 Menschen gegen die Union. Weitere Proteste waren auch in Hannover und Mainz zu beobachten, wo Tausende gegen die Zusammenarbeit der Union mit der AfD auf die Straße gingen.

Gewaltsame Zwischenfälle und weitere Proteste

In Neu-Isenburg kam es während der Proteste gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD zu gewaltsamen Vorfällen, bei denen Teilnehmer versuchten, zwei Polizeifahrzeuge in Brand zu setzen. Eines der Fahrzeuge wurde dabei beschädigt. Diese Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf die angespannte Atmosphäre, die durch die politischen Entwicklungen und die anhaltende Polarisierung der Gesellschaft erzeugt wird.

Die Demonstrationen spiegeln die breite Ablehnung der Zusammenarbeit zwischen Union und AfD wider, wobei viele der Protestierenden ein AfD-Verbot fordern. Auch am kommenden Sonntag sind weitere Proteste in Berlin geplant, bei denen der Publizist Michel Friedman als Redner auftreten soll. Die Kundgebungen sind Teil einer laufenden Bewegung, die darauf abzielt, Vielfalt zu verteidigen und Konzepten von Exklusion und Rassismus entgegenzuwirken.

Die eskalierenden Spannungen und die klare Ablehnung von Teilen der Gesellschaft gegenüber der Migrationspolitik der Regierungsparteien unterstreichen die Notwendigkeit eines offenen Dialogs über das Thema Migration in Deutschland. Wie

die Situation sich weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Für weitere Informationen zu den Protesten und der politischen Lage können Sie die Berichte von **Remszeitung**, **Tagesschau** und **Spiegel** nachlesen.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ursache	Verschärfung der Migrationspolitik
Ort	Leipzig, Deutschland
Quellen	• www.remszeitung.de • www.tagesschau.de • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de